





Rede Plenum

Eckhardt Rehberg


Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Vorsitzender der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

 (030) 227-75613

 (030) 227-76570

 eckhardt.rehberg@bundestag.de

 www.eckhardt-rehberg.de

Freitag, den 21.02.2014

TOP 17: Bericht zum Stand der Deutschen Einheit 2013

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zum Thema Heimkinder wollte ich eigentlich nichts sagen. Da die Kollegin der Grünen darauf so ausführlich eingegangen ist, nur so viel: Erstens. Es war vor zwei Jahren schwierig, valide Zahlen zu bekommen.

(Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin: Ja!)

Zwischen 1949 und 1990 sind fast 500 000 Kinder in der DDR durch Heime gegangen. Torgau ist sicherlich nur die Spitze des Eisbergs. Es gab in der DDR breit verstreut Spezialkinderheime und Übergangsheime und kein Zentralarchiv. Deswegen war es sehr schwierig, damals valide Zahlen zu bekommen. Frau Baerbock, ich möchte Ihren Einlassungen entgegentreten. Hier wird nicht gepokert. Kollege Heil hat vorhin in einem anderen Zusammenhang zugerufen, an geschlossene Verträge müsse man sich halten. Das ist unsere Forderung gegenüber den Ländern. Es bleibt bei der 50/50-Verteilung. Dann brauchen wir in einem zweiten Schritt wirklich valide Zahlen. Wir dürfen nicht vergessen: Wir haben 40 Millionen Euro im Fonds. Im Augenblick stehen aber 200 Millionen Euro in Rede. Da die Betroffenen lediglich eine Plausibilitätserklärung abgeben müssen, muss die

Entscheidung, wenn wir eine solche zugunsten des Fonds treffen, tragfähig sein, und zwar nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen. Ich kann für die Unionsfraktion an dieser Stelle erklären, dass wir zu unserer Verantwortung stehen und das ausfinanzieren werden. Ich sende aber gleichzeitig den Appell an die Länder, auf gleiche Art und Weise zu ihrer Verantwortung zu stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wer sich ein bisschen damit befasst hat, was in den in Rede stehen Heimen geschehen ist, weiß, dass dort zum Beispiel Zehn-, Zwölf-, Dreizehn- und Vierzehnjährige Kinderarbeit und Nachtarbeit verrichten mussten. Kollege Tiefensee, Sie haben die Erinnerungskultur angesprochen. Gerade dieses Thema eignet sich besonders gut, den Unrechtsstaat DDR zu beschreiben. Der Umgang mit Kindern in den damaligen Heimen der DDR stellt Menschenrechtsverletzungen dar, wie ich sie mir persönlich nicht vorstellen konnte. Die Aufarbeitung hier tut dringend not.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn wir nun Vergleiche und Bilanzen ziehen, dürfen wir nicht vergessen, dass die meisten neuen Bundesländer mittlerweile ihre Hausaufgaben betreffend die Landeshaushalte gemacht haben. So haben 2013 Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und sogar Berlin und Sachsen-Anhalt Finanzierungsüberschüsse aufzuweisen. Das heißt, der Solidarpakt greift. Einige Länder sind zur Schuldentilgung übergegangen. Es werden Rücklagen für Pensionsfonds gebildet. Aber wir dürfen an dieser Stelle nicht vergessen, dass der Bund viele Aufgaben übernimmt. So übernimmt er ab 1. Januar 2014 die Grundsicherung im Alter komplett. Das sind für ganz Deutschland 5 Milliarden Euro und für mein Heimatbundesland 75 Millionen Euro. Beim Krippenausbau hat der Bund seine Verpflichtungen hundertprozentig erfüllt, genauso beim Hochschulpakt. Hinzu kommen Entflechtungsmittel in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro, mit denen die Länder nicht rechnen konnten. Ich war 15 Jahre Mitglied eines Landtags und bin nun Abgeordneter des Bundestags. Meine dringende Forderung an die Länder lautet, dass das, was für Hochschulen, Kommunen, den öffentlichen Personennahverkehr und die Förderung

des sozialen Wohnraums vorgesehen ist, auch dafür eingesetzt wird und nicht irgendwo im Landeshaushalt verschwindet.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich spreche das deswegen so dezidiert an, weil die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer folgenden Beschluss gefasst haben - viele wissen das nicht; daran sind alle beteiligt, die Linke über die Regierungsbeteiligung in Brandenburg genauso wie SPD und Union -:

Insbesondere wurde die Bundesregierung dazu aufgefordert, angesichts der zurückgehenden Strukturfondsmittel in der Förderperiode ab 2014 und des Wegfalls der Investitionszulage von der Auflage von Bundesprogrammen im Bereich EFRE und ESF abzusehen und diese Mittel vollständig den Ländern zur Verfügung zu stellen.

Allein im Zeitraum von 2009 bis 2013 sind EFRE-Mittel in Höhe von 1,1 Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte in den neuen Ländern geflossen.

Schauen wir uns einmal das Thema A 14 an. Auf mecklenburg-vorpommerschem Gebiet werden wir bis 2015 die EFRE-Mittel ausgeben können. Aber was ist mit Sachsen-Anhalt? Sachsen-Anhalt ist eines der wichtigen Gebiete für die Seehafen-Hinterland-Anbindung und die wichtigen transnationalen Netze. Dafür werden keine EFRE-Mittel mehr zur Verfügung stehen. Die aktuelle Kostenschätzung beträgt übrigens 525 Millionen Euro.

Wer glaubt, dass der Bund die rund 1 Milliarde Euro aus seinem Bundeshaushalt wird ersetzen können, der irrt sich. Dazu kommt noch etwas - ich spreche das sehr offen an; Kollege Tiefensee kennt die Finanzierungspraxis -: ein Drittel EFRE-Mittel, ein Drittel Bundesmittel, ein Drittel Länderquote. Das heißt, die 1,1 Milliarden Euro sind eigentlich 1,5 Milliarden Euro bis 1,7 Milliarden Euro. Ich spreche das auch deswegen an, weil wir uns in unserer Fraktion ganz massiv für die transeuropäischen Korridore eingesetzt haben. Welchen Sinn macht denn Ihr Beschluss, meine Damen und Herren Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten? Wir setzen uns für den transeuropäischen Korridor über Ungarn, Prag/Tschechien, Dresden, Berlin an die Ostseeküste und nach Hamburg ein, wir müssen

die Strecke Prag-Dresden-Berlin schienenmäßig ausbauen, wir müssen die A 72 fertigstellen, wir müssen die A 14 fertigstellen, und Sie fassen so einen Beschluss und entziehen uns Mittel für den Aufbau in den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kollege Tiefensee, Sie haben hier von Regionen gesprochen. Wenn ich Entwicklungen regional betrachte, dann muss ich auch das Thema Lohn regional betrachten. Übrigens, es gibt natürlich ein Einkommensgefälle in Hessen, zwischen Nordhessen und Südhessen. Fragen Sie den Kollegen Wichtel. Natürlich gibt es ein Einkommensgefälle zwischen Schleswig-Holstein und Bayern oder Baden-Württemberg. Der IG-Metall-Tarif ist nicht gleich.

(Wolfgang Tiefensee (SPD): Das soll zukünftig oberhalb von 8,50 Euro sein!)

- Lassen Sie mich ganz in Ruhe weitersprechen. Ich stehe zu abgeschlossenen Verträgen. Ich finde es sehr gut, dass wir eine dreijährige Übergangszeit haben.

Ich will Ihnen kurz eine Rechnung aufmachen. Bei 1 Euro brutto mehr Lohn müssen in einem kleinen Friseurbetrieb oder in einem kleinen Gastronomiebetrieb 4 000 Euro mehr Umsatz erzielt werden, damit diese Betriebe eine schwarze Null schreiben. Das ist ganz einfach: 1 Euro mehr Lohn für den Angestellten bedeutet 2 Euro Personalkosten für den Arbeitgeber. Das multipliziert mit 170 Stunden und zwölf Monaten ergibt diese Summe. So einfach ist die Rechnung. Wer hier so leichtfertig über dieses Thema hinweggeht, dem rate ich dringend: Gehen Sie vor Ort und fragen Sie die Unternehmerinnen und Unternehmer. Manche, Frau Baerbock, werden diese Kosten über eine Erhöhung der Preise nicht kompensieren können. Das wird nicht möglich sein. Wo dann die Kosten eingespart werden, damit der Betrieb weiterleben kann und Arbeitsplätze erhalten werden können, weiß man nicht. Sich so einfach hier vom Acker zu machen, das ist mir ein bisschen zu billig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Rehberg, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder eine Bemerkung vom Kollegen Tiefensee?

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Immer. Gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Bitte.

Wolfgang Tiefensee (SPD):

Herr Rehberg, die Frau Präsidentin hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass der Mindestlohn ein Hauptthema ist.

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Deswegen habe ich ihn zwei Minute vor Ende meiner Redezeit angesprochen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Wolfgang Tiefensee (SPD):

Weil das so oft kommt, muss ich doch einmal darauf reagieren. Ich will meine Frage an dem konkreten Beispiel festmachen, das Sie gerade genannt haben. Wir beide haben eine ähnliche Frisur.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ist das die Frage: Warum?

Wolfgang Tiefensee (SPD):

Nein, das war zunächst eine Feststellung.

(Heiterkeit)

Das droht manchem, der jetzt noch lacht.

Ich bin unlängst, wie auch Sie, beim Friseur gewesen, und zwar in Leipzig. - Sieht man es nicht? - Bei diesem Friseur steht ein Schild mit der Aufschrift: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen ab August 2013 einen höheren Preis nehmen, weil wir einen höheren Tariflohn zahlen. - Sie wissen, das geht in Stufen von 2013 über 2014 bis 2015 bis auf 8,50 Euro. Ich habe die Dame, während sie beschäftigt war, gefragt: Wie gehen denn die Kunden jetzt damit um? - Sie hat mir zwei Antworten der Kunden genannt. Die erste war: Ach, wir wussten gar nicht, dass Sie weniger als 7,50 Euro verdienen. - Die zweite Antwort der Kunden war: Wenn dieses Geld, das wir bezahlen, direkt in Ihre Tasche geht, dann sind wir bereit, es zu zahlen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Warum soll das nicht funktionieren? Oder umgekehrt: Was haben Sie, Herr Rehberg, eigentlich für eine Idee, wenn immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt wird, dass in Ostdeutschland die Dumpinglöhne beendet werden müssen und wir nicht mit niedrigen Löhnen in Ostdeutschland werben dürfen, wenn wir nicht auf diese Art und Weise eine Lohnuntergrenze einziehen und somit ein Netz schaffen?

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Ich bin immer sehr für soziale Netze, die engmaschig sind; aber sie müssen natürlich auch verkraftbar sein.

Ich komme Ihnen jetzt einmal mit einem anderen Beispiel: Ein Gastronomieunternehmer mitten in Mecklenburg - strukturell sehr schwach gelegen; Träger ist ein Wohlfahrtsverband; rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - muss allein für den Mindestlohn 25 000 Euro aufwenden. Aber das ist ja noch nicht das Ende: Der Koch, der heute 8,70 Euro verdient, will 10,70 Euro bekommen; na klar. Dann kommen für diesen Unternehmer noch 75 000 Euro an Lohnkosten dazu: Damit ihm das Sozialgefüge in seinem

Betrieb nicht auseinanderbricht, damit dort nicht Neid und Missgunst herrschen, müssen nämlich alle anderen Löhne an- und ausgeglichen werden.

(Mark Hauptmann (CDU/CSU): So ist es!)

Insgesamt sind es rund 100 000 Euro Lohnkosten, die durch mehr Umsatz ausgeglichen werden müssen. Wissen Sie, um wie viel der Umsatz eines solchen Unternehmens steigen muss? Um 20 Prozent.

Noch einmal - damit ich hier nicht missverstanden werde -: Ich stehe zu dem, was im Koalitionsvertrag steht. Ich wehre mich bloß gegen einseitige Betrachtungen, die so weit gehen, dass Gewerkschaftsvorsitzende sagen: Mir ist ganz egal, was aus den Arbeitsplätzen wird. - Ich muss Ihnen sagen: Mir ist das gerade mit Blick auf mein strukturschwaches Heimatland, auf meinen strukturschwachen Wahlkreis nicht egal.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kollege Bergner ist auf das Thema Rente schon eingegangen. Man sollte darüber in aller Ruhe nachdenken. Ich finde, es ist eine eindimensionale Betrachtung, wenn hier nur von der Rentenangleichung geredet wird. Ein einheitliches Rentenrecht Ost und West bedeutet zwar den gleichen Rentenwert, bedeutet aber auch, dass die Höherbewertung der Löhne automatisch wegfällt.

(Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Nicht automatisch!)

- Natürlich. Welchem Lohnempfänger in Kiel, in Flensburg oder in Lüneburg wollen Sie denn bitte klarmachen, Herr Kollege, dass zwar in ganz Deutschland der gleiche Rentenwert gilt, dass sein Lohn nicht höher bewertet wird, dass die Löhne der Menschen in den neuen Bundesländern aber weiterhin höher bewertet werden? Das kann man doch niemandem klarmachen. Entschuldigen Sie, bitte!

Ich bitte wirklich alle Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich darum, zu bedenken - die Statistiken und Bilanzen können Sie gerne in meinem Büro anfordern -: Jeder Bruttolohn im Osten führt heute, wo die Durchschnittsrente im Osten 91,5 Prozent der Durchschnittsrente im Westen ausmacht, aufgrund der Höherbewertung dazu, dass die

Rentenanwartschaften im Osten höher als im Westen sind. Und diesen Vorteil sollen wir Ostdeutschen uns leichtfertig nehmen lassen?

Meine letzte Bemerkung an dieser Stelle. Schauen Sie sich einmal die Höherbewertungsfaktoren bei der Mütterrente aus den 1970er- und 1980er-Jahren an: Damals wurden die Lohnhöhen teilweise mit dem Faktor 3,3 malgenommen. Jetzt schauen Sie sich einmal die Altersarmutsstatistiken in Ostdeutschland an: Strukturell gibt es dort nur halb so viele Menschen in der Grundsicherung im Alter, also in der Altersarmut, wie in Westdeutschland. Der Faktor „Höherbewertung der Löhne für die Rente“ hat mit dazu beigetragen, dass die Altersarmut im Osten nur halb so groß ist wie im Westen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Wolfgang Tiefensee (SPD)
- Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Warum wollen Sie sie abschaffen?)